

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Björn Engholm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister, setzt sich für die breite Verwirklichung des Berufsgrundbildungsjahres ein: Bis 1985.

Seite 1/2

Hermann Heinemann, Vorsitzender des SPD-Sportbeirats, zeigt das Dilemma der CDU/CSU in der Olympia-Debatte auf: Opposition muß Politik des Kanzlers akzeptieren.

Seite 3/4

Klaus Daubertshäuser MdB unterstreicht, daß sich die Post an die Regeln des wirtschaftlichen Wettbewerbs hält: Gemeinsame Abwehr der "Privatisierungs-Haie".

Seite 5/6

Klaus Thüsing MdB meint, Sanktionen gegen den Iran störten den notwendigen Klärungsprozeß: In ihrer Wirkung zweifelhaft.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 79

24. April 1980

Bis 1985

Für eine breite berufliche Grundbildung

Von Björn Engholm MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft

Die Grundkenntnisse und -fertigkeiten vieler Berufe sind eng miteinander verwandt oder manchmal sogar gleich. Die Vermittlung dieser Kenntnisse und Fertigkeiten für mehrere Berufe zusammenzufassen und sie "gebündelt" allen Auszubildenden in den entsprechenden Berufen - die dann zu Berufsfeldern zusammengefaßt werden - gleichermaßen beizubringen, hat den Vorteil, daß Auszubildende sich in einem Berufsfeld umsehen können, bevor sie sich endgültig für einen bestimmten Ausbildungsberuf entscheiden müssen: Das war die Grundidee, die zur Entwicklung des Berufsgrundbildungsjahres führte.

Rund zehn Prozent der Jugendlichen, die heute in das 1. Jahr der Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf eintreten, beginnen die Ausbildung mit dem Berufsgrundbildungsjahr. Dieser Anteil soll wachsen, denn:

- o Berufsausbildung darf nicht Schmalspurausbildung sein,
- o Ausbildung, die auch mobil macht, bringt mehr Chancen am Arbeitsmarkt,
- o Spezialkenntnisse allein veralten in einer Arbeitswelt, die sich ständig verändert, sehr schnell, und
- o vielfach ändern sich Berufswünsche während der Ausbildung; dann sollte man ohne allzuviel Zeitverlust in einen verwandten Beruf umsteigen können.

Der Bund hat deshalb die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres auf vielfältige Weise gefördert:



- o Anrechnungsverordnungen stellen sicher, daß ein Berufsgrundbildungsjahr auch dann als erstes Jahr der Ausbildung anerkannt wird, wenn der Jugendliche es an einer Schule absolviert hat,
- o Modellversuche haben wichtige Erkenntnisse für die inhaltliche Ausgestaltung des Berufsgrundbildungsjahres gebracht,
- o Ausbildungsordnungen schreiben berufsfeldbreite Grundbildung vor; die Bau-Ausbildungsordnung wurde zum Modell für den Rahmenlehrplan des schulischen Berufsgrundbildungsjahres.

Auch für das Berufsgrundbildungsjahr wie allgemein für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen gilt, daß mitten durch einen Bildungsgang die Kompetenzgrenze zwischen Bund und Ländern geht. Der Beitrag der Länder zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres ist deshalb unverzichtbar. Sie sind verantwortlich

- für den Ausbau des schulischen Berufsgrundbildungsjahres,
- für die Durchführung des Berufsschulunterrichtes nach Rahmenlehrplänen, die seit 1978 ländereinheitlich sind; die Unterrichtspraxis ist das nicht, auch nicht im Hinblick auf den vereinbarten Unterrichtsumfang von zwei bis zweieinhalb Tagen, wenn das Berufsgrundbildungsjahr kooperativ, also in Schule und Betrieb, durchgeführt wird.

Der Bund will für alle den 13 Berufsfeldern zugeordneten mehr als 200 Ausbildungsberufe die Ausbildungsordnungen so ausgestalten, daß ein Berufsgrundbildungsjahr entsteht, wenn die Schule ihren vereinbarten Beitrag leistet. Damit könnten über 90 Prozent aller Auszubildenden im Berufsgrundbildungsjahr lernen, sofern die Länder den Berufsschulunterricht entsprechend ändern. Bis 1985 sollen die Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen sein.

Kürzlich ist mit den Ländern auch darüber Einigkeit erzielt worden, wie die formale Seite in Ausbildungsordnungen aussehen soll. Danach wird klargestellt, daß im Falle der Anrechnung eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres die Ausbildung im Betrieb im zweiten Jahr beginnt. Die Ausbildung wird nicht nur inhaltlich, sondern auch formal in Grund- und Fachbildung gegliedert. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß schulische und betriebliche Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr zusammen ein Berufsgrundbildungsjahr ergeben, wenn die Schule sich nach den Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz (KMK) richtet.

Dies ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entwicklung des Berufsgrundbildungsjahres. Allerdings: Bundesrecht kann nur die Betriebe, nicht aber die Schulen in die Pflicht nehmen. Übrigens auch dann nicht, wenn - ein seltener Fall! - der bayerische Kultusminister das vielleicht ganz gern sehen würde, weil er im Freistaat Bayern mit dem Berufsgrundbildungsjahr so seine Probleme hat. (-/24.4.1980/ks/ca)

+ + +



Olympia-Debatte zeigt CDU/CSU-Dilemma

Opposition muß Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt akzeptieren

Von Hermann Heinemann

Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Vorsitzender des Sportbeirates

Die Tatsache des Einschwenkens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine gemeinsame Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland, auf die Teilnahme an den XXII. Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn zu verzichten, macht die miserable Situation deutlich, in die CDU und CSU durch die "Boykott-Kampagnen" vom Januar dieses Jahres geraten sind.

Die Entfremdung von den Sportorganisationen und die autoritäre Mißachtung der Interessen der Sportler durch die Oppositionsparteien beweist auch die sogenannte Dokumentation, die CDU-Generalsekretär Heiner Geißler noch einen Tag vor der Regierungserklärung und der Bundestagsdebatte über die Nichtteilnahme von Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichte.

Wie sehr die Opposition der Gegenwind aus den Sportorganisationen und von bekannten Spitzensportlern, die sich bisher mit der CDU/CSU verbunden fühlten, zu schaffen macht, geht aus der plötzlichen Bereitschaft der Opposition hervor, ihren eigenen und aggressiv formulierten Antrag "Nichtteilnahme der deutschen Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau" vom 15. April dieses Jahres ersatzlos zurückzuziehen und sich dem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und FDP anzuschließen. Der Text: "Der Deutsche Bundestag stimmt dem Beschluß der Bundesrepublik über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland zu."

Unter Mißachtung der Entscheidungsfreiheit des NOK für Deutschland hieß es in dem zurückgezogenen Oppositionsantrag u.a.: "Der Deutsche Bundestag ... fordert deshalb die deutschen Sportler und ihre Organisationen auf, an den Olympischen Spielen in Moskau nicht teilzunehmen."

Abgesehen davon, daß der Generalbegriff "deutsche Sportler" deshalb schon unzutreffend ist, weil deutsche Sportler aus der DDR mit Sicherheit an den Olympischen Spielen in Moskau und Tallinn teilnehmen, bestätigte die Opposition mit ihrem Beitritt zu der ursprünglichen Koalitionsentschließung, daß sie die in der Regierungserklärung deutlich gewordene weitsichtige und friedenssichernde Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt letztlich akzeptieren muß.



Das sportpolitische Dilemma, in der sich CDU und CSU auch in der Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme von Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland an den Olympischen Spielen in Moskau befinden, machen einige Beispiele deutlich:

1. Statt die nach der vom amerikanischen Präsidenten erhobene Forderung auf Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau entstandene Situation mit dem zuständigen NOK für Deutschland zu beraten, startete die CDU Boykott-Kampagnen. Eine offizielle und intensive Beratung mit dem NOK für Deutschland hat bis heute nicht stattgefunden.
2. Durch die Mißachtung der Zuständigkeit und Entscheidungsfreiheit des NOK für Deutschland haben CDU/CSU das Prinzip der sportpolitischen Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland gebrochen.
3. Einflußreiche Kreise in der CDU/CSU, zum Beispiel der Kanzler-Kandidat Franz Josef Strauß, haben nach eigenen Aussagen einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau gefordert, weil sie schon immer - und nicht erst nach der sowjetischen Militäraktion gegen Afghanistan - gegen Olympische Spiele in Moskau waren.

Die SPD hat in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und insbesondere mit Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Politik verfolgt, die auch jetzt noch alle Möglichkeiten ausschöpft, dazu beizutragen, daß Sportler aus möglichst allen Ländern der Welt an den diesjährigen Olympischen Sommerspielen teilnehmen können. Es liegt auch weiterhin an der UdSSR, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten, daß die "politischen und friedlichen Voraussetzungen" für die Ausrichtung Olympischer Spiele in Moskau und Tallinn doch noch geschaffen werden.

Es ist verständlich und zeugt von politischem Verantwortungsbewußtsein, wenn das NOK für Deutschland mit Willi Daume an der Spitze am 15. Mai in Düsseldorf alle Aspekte berücksichtigt, die im nationalen und internationalen Bereich für oder gegen die Teilnahme an den Olympischen Spielen sprechen.

So kann auch nicht übersehen werden, daß selbst bei einer "Rumpfolympiade" die IOC-Vollversammlung und eine große Zahl von internationalen Sport-Fachverbänden in Moskau ihre Kongresse abhalten - und wichtige Ämter in diesen internationalen Sportorganisationen besetzen.

Ein Fernbleiben der Sportfunktionäre aus der Bundesrepublik hätte auch einen teilweisen Verlust von Ämtern zur Folge, die bisher mit Vertretern aus der Bundesrepublik Deutschland besetzt sind.

Wer in diese Lücken springen würde, läßt sich leicht erahnen mit allen Konsequenzen, bis hin zu einer Neubelebung der "Berlin-Frage im internationalen Sport".

Aber Sportfunktionäre in Moskau und die Sportler zu Hause wäre wohl auch politisch nicht der Weisheit letzter Schluß.

(-/24.4.1980/bgy/ca)

+ + +



Gemeinsame Abwehr der "Privatisierungs-Haie"

Die Deutsche Bundespost hält sich an die Regeln des wirtschaftlichen Wettbewerbs

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Ausschusses für Verkehr und für das
Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages

Bundespostminister Kurt Gscheidle darf bei seinen Bemühungen, die Privatisierungsbestrebungen im Bereich des Fernmeldewesens der Deutschen Bundespost abzuwehren, nicht allein gelassen werden. In dieser wichtigen Auseinandersetzung bedarf er der Solidarität aller, die an einer funktionstüchtigen, gesunden Deutschen Bundespost Interesse haben.

Die Deutsche Bundespost ist nicht um ihrer selbst Willen tätig, sondern erfüllt einen gesetzlich festgelegten Auftrag und bewegt sich im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Daß diese Postpolitik unter Leitung von Bundespostminister Kurt Gscheidle in den letzten Jahren erfolgreich gewesen ist, wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung im Geschäftsablauf ansieht. Noch vor fünf Jahren befand sich die Deutsche Bundespost in den roten Zahlen. Damals mußte sich der Bundespostminister eine anders geartete Kritik vorhalten lassen. Man warf der Deutschen Bundespost vor, sie sei ein angestaubtes Unternehmen und befinde sich in einem permanenten Winterschlaf. Dieses Bild der Deutschen Bundespost hat sich grundlegend geändert. Seitdem die Deutsche Bundespost mit Gewinn arbeitet, haben die "Privatisierungs-Haie" Blut geleckt. Insbesondere der zukunftssträchtige Bereich der neuen Medien soll angeknabbert werden. Dabei wird mit fadenscheinigen Argumenten operiert.

Die Deutsche Bundespost ist ein wirtschaftliches Unternehmen, weil sie Dienstleistungen produziert, die sie auf den Märkten anbietet, selbständige Wirtschaftspläne aufstellt und auch selbständig abrechnet. Welchen Faktor die Deutsche Bundespost in der deutschen Volkswirtschaft darstellt, wird erst deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1979 die Bilanzsumme der Deutschen Bundespost 60,3 Milliarden DM betragen hat, daß an Industrie, Handwerk und Handel Aufträge im Wert von mehr als zehn Milliarden DM vergeben wurden. Damit bindet sie rund 350.000 Arbeitsplätze in der deutschen Volkswirtschaft. Die Umsatzerlöse sind im Jahre 1979 auf 37,1 Milliarden DM angestiegen. Die Deutsche Bundespost ist mit einem durchschnittlichen Personalbestand von rund 460.000 Beschäftigten der größte Dienstleistungsbetrieb Europas. Sie betreut 61 Millionen Kunden.

Ich glaube, durch diese Zahlen wird auch die Wechselbeziehung der Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost und bei der Zuliefererindustrie deutlich. Daher ist es absolut legitim, ja sogar ein wirtschaftliches Muß, daß sich die Deutsche Bundespost um neue Entwicklungen und einen kontinuierlichen Ausbau ihres Dienstleistungsangebotes, das den sich wandelnden Bedürfnissen ihrer Kundschaft entsprechen muß, bemüht.

Der technisch-fachlichen Notwendigkeit und der rechtlichen Möglichkeit, der Deutschen Bundespost Endgeräte zu überlassen, stehen auch ordnungspolitische Überlegungen nicht entgegen. Privatisierungsanhänger haben es mehr oder weniger geschickt verstanden, die ordnungspolitische Diskussion verengt zu führen, weil man vorwiegend auf die öffentlich-rechtliche Organisationsform der Deutschen Bundespost abstellt. Die Deutsche Bun-



despost ist jedoch ein öffentliches Dienstleistungsunternehmen auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens. Darunter sind bedeutende Bereiche, auf denen die Post neben anderem ihre Leistungen erbringt, zum Beispiel im Postsparkassendienst. Hier verhält sich die Post nicht anders, als etwa die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, denen auch niemand ihre Betätigung auf Konkurrenzmärkten bestreitet.

Ordnungspolitik besagt, daß der Staat nicht direkt in den Wirtschaftsablauf eingreifen kann (zum Beispiel durch Preisfestsetzung), sondern sich auf die Planung des Ordnungsrahmens (zum Beispiel für den Bereich des Wettbewerbs durch Kartellgesetz und Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) beschränken soll, indem die Wirtschaftssubjekte im Wettbewerb agieren sollen.

Wenn das öffentliche Unternehmen Bundespost neben anderen Anbietern Fernmeldegeräte anbietet, greift es nicht als Staatsorgan in den Wirtschaftsablauf ein, es plant auch nicht den Ordnungsrahmen, sondern es agiert als Wirtschaftssubjekt der öffentlichen Hand auf einem Wettbewerbsmarkt innerhalb des vorgegebenen Ordnungsrahmens.

Soweit die Post jedoch die zur Einführung neuer Dienste unerläßlichen Standards vorgibt, wird sie dagegen als staatliches Organ tätig und schafft im Sinne der Ordnungspolitik den Ordnungsrahmen für neue Märkte, ohne damit unmittelbar in den Markt einzugreifen. Das ist ordnungspolitisch korrekt, weil damit überhaupt die Voraussetzungen für einen funktionierenden Markt geschaffen werden. Es ist deshalb verfehlt, in diesem Zusammenhang der Deutschen Bundespost eine "fernmeldepolitische Ausgestaltung der Märkte" vorzuwerfen.

Ordnungspolitik kann auch nicht bedeuten, auf die Interessen nur einer gesellschaftlichen Gruppe, der Gerätehersteller und Vertreiber, vorrangig Bedacht zu nehmen. Sie muß auf dem Nutzen der Allgemeinheit ausgerichtet sein. So muß sie zum Beispiel dem volkswirtschaftlich bedeutsamen Ziel dienen, eine sinnvolle Infrastruktur zu schaffen. Sie hat ebenso die Interessen des Benutzers zu berücksichtigen, der durch die Beteiligung der Deutschen Bundespost erst die Sicherheit gewinnt, auch in strukturschwachen Gebieten durch die flächendeckende Serviceorganisation der Deutschen Bundespost zu allgemeinen gleichen Bedingungen eine optimale Versorgung zu erhalten.

(-/24.4.1980/ks/ca)

+ + +



In ihrer Wirkung zweifelhaft

Sanktionen gegen Iran stören notwendigen Klärungsprozeß

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe

stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Grunde genommen sind sich Journalisten wie auch Politiker aller Couleur einig: Sanktionen gegen den Iran sind in ihrer Wirkung zweifelhaft. Das angebliche Hauptziel der Maßnahmen, die dringend notwendige Freilassung der Geiseln in der besetzten US-Botschaft in Teheran zu erreichen, rückt mit zunehmendem Druck von außen in immer weitere Ferne. Militärische Interventionen gar, wie sie von Präsident Carter ins Gespräch gebracht werden, würden das Leben der Gefangenen ernsthaft aufs Spiel setzen.

Was also könnte die Bundesregierung bewegen, sich auf politische Aktionen einzulassen, deren Mißerfolg von vornherein abzusehen ist? Die sogar, wenn man es nüchtern betrachtet, gegen unsere eigenen Interessen gerichtet sind. Denn noch gibt es für uns Bundesrepublikaner - und das habe ich bei meinen Besuchen in Teheran selbst feststellen können - überall im Iran offene Türen. Bis in die Revolutionsführung hinein habe ich bereitwillige Gesprächspartner gefunden.

Dabei ist mir klar, daß dieses Interesse an Kontakten sicher nicht ohne Vorbehalt ist zu einem Land, das gute Beziehungen zur blutigen Diktatur des Reza Pahlewi hatte und noch in den letzten Monaten des Volksaufstands seinen Wirtschaftsminister zwecks Solidaritätsbekundung zum Schah geschickt hat. Bereitschaft zu Kontakten mit der Bundesrepublik sind von seiten der Iraner auch durch Eigeninteresse bestimmt. Bei dem Versuch, sich von den USA unabhängig zu machen und eine Wirtschaft aufzubauen, die an den eigenen Bedürfnissen ausgerichtet ist, braucht die Revolutionsführung neue Handelspartner in aller Welt. Vor allem den Industrienationen, an ihrer Spitze die Bundesrepublik, kommt bei der künftigen Entwicklung des Öllieferanten Iran eine wichtige Bedeutung zu. Schließlich sind wir, trotz des starken Rückgangs der Ausfuhren, der größte westliche Handelspartner der Iraner geblieben.

Durch die Strafmaßnahmen der USA, denen sich auf Druck des großen Bündnispartners nun auch die EG-Staaten zögernd anschließen, würde diese Entwicklung freilich empfindlich gestört, wenn nicht sogar beendet. Zudem würde durch eine Eskalation der Sanktionen auch der innenpolitische Klärungsprozeß im Iran abgebrochen, der die einzige Chance zur Freilassung der Geiseln ist. Die jeweiligen Kräfte der einzelnen um die Macht im Iran kämpfenden Gruppen sind zu schwach, um eine innen- wie außenpolitisch wünschenswerte Beendigung der Geiselaffäre durchzusetzen. Alle fürchten einen Gesichtsverlust. Aber gerade aus der Fortsetzung dieses Klärungsprozesses könnte mit einer Lösung der Geiselaffäre gerechnet werden.

Auch wenn sich die Europäische Gemeinschaft den verschärften US-Sanktionen anschließt, werden sich die Forderungen der Botschaftsbesetzer, die schließlich von der Mehrheit der iranischen Bevölkerung getragen werden, kaum verändern. Das Volk wird nicht so schnell die Jahre des blutigen Terrors, die 65.000 Toten, die Hunderttausenden von Verletzten vergessen.

(-/24.4.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

